



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970

Wissenschaftsrat

Tübingen, 1967

3. Nachfrage und Bedarf - Quantität und Qualität

urn:nbn:de:hbz:466:1-8430

Angaben über die Promotionen liegen nur bis zum Jahre 1965 vor. Es wird somit nicht ersichtlich, wie sich die bis 1962 stark steigenden Zahlen der Studienanfänger, die jetzt und in den kommenden Jahren das Studium abschließen, auf die Zahl der Promotionen auswirken.

Wie die vorhergehende Tabelle zeigt, hat sich die Zahl der Promotionen in den einzelnen Fächern mit Ausnahme der Wirtschaftswissenschaft, der Mathematik und der Biologie von 1957 bis 1965 nicht wesentlich verändert. Demgegenüber ist die Zahl der Stellen für wissenschaftliche Assistenten von 1960 bis 1966 in allen Fächern mehr als verdoppelt worden. Das hat zur Folge, daß die Hochschulen heute im Gegensatz zu 1960 — außer in der Chemie — wenig Möglichkeiten einer Auswahl ihrer promovierten Nachwuchskräfte haben, vor allem wenn man berücksichtigt, daß keineswegs alle, die promovieren, eine Hochschultätigkeit anstreben.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß in den letzten Jahren die Assistentenstellen abweichend von ihrer ursprünglichen Definition in einem sehr weiten Ausmaß mit Verwaltern besetzt worden sind, die nicht promoviert waren. Vielfach wird die Promotion von einer solchen Stelle aus vorbereitet. Auf die Probleme, die sich daraus ergeben, wird weiter unten eingegangen.

I. 3. Nachfrage und Bedarf — Quantität und Qualität

Die vorstehenden Abschnitte haben gezeigt, daß der Andrang zu den wissenschaftlichen Hochschulen ganz erheblich steigen wird und daß zugleich — jedenfalls für die nächsten Jahre — in für die Ausbildung besonders wichtigen Fächern aus personellen Gründen keine oder nur begrenzte Möglichkeiten zur Erweiterung der Ausbildungskapazität bestehen werden.

Soweit die Überfüllung einzelner Hochschulen auf einer besonderen Attraktivität des Studienorts beruht, handelt es sich lediglich um ein Verteilungsproblem, das sich entweder mit der Zeit selbst regelt oder durch entsprechende Maßnahmen geregelt werden kann. Ist jedoch in einem Fach nicht nur an einzelnen Orten, sondern allgemein die Kapazität zu gering, um eine angemessene Ausbildung anzubieten, so werden grundsätzliche Entscheidungen notwendig, deren Folgen über 1970 hinaus wirken.

In der Diskussion um die Frage, welche Ausbildungskapazitäten an den wissenschaftlichen Hochschulen bereitgestellt wer-

den müssen, lassen sich zwei grundsätzlich verschiedene Standpunkte unterscheiden. Einerseits wird gefordert, daß der Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen sich an der Nachfrage der Studenten nach Studienplätzen zu orientieren habe, andererseits wird verlangt, vom Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Kräften auszugehen und die Hochschulen diesem Bedarf entsprechend auszubauen. Sowohl für die Forderung nach einem „nachfrageorientierten“ als auch für die nach einem „bedarfsorientierten“ Ausbau der Hochschulen lassen sich gewichtige Gründe anführen.

Für einen Ausbau, der sich an der Nachfrage nach Studienplätzen ausrichtet, spricht vor allem die Erwägung, daß jeder nach Möglichkeit die seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung erhalten soll. Nicht nur in der Bundesrepublik wird daher gefordert, Studienmöglichkeiten für alle diejenigen bereitzustellen, die zu studieren wünschen¹⁾. So wird in den im Robbins' Report vom Jahre 1963 für den Ausbau der britischen Universitäten niedergelegten Empfehlungen jeder Versuch einer bedarfsorientierten Hochschulpolitik abgelehnt; sie gehen davon aus, daß jedem, der eine akademische Ausbildung wünscht und zum Studium fähig ist, eine solche Ausbildung auch geboten werden muß.

Nachfrage nach
Studienplätzen

Gegen die einseitige Orientierung an der Nachfrage nach Studienplätzen sprechen jedoch mehrere Gründe: Die Entwicklung neuer Wissenschaftszweige führt häufig zu einer Verschiebung des Interesses der Studenten und damit zu relativ schnell wechselnden Wünschen hinsichtlich der Studienmöglichkeiten. Die Wahl des Studienfaches ist nicht nur von den Neigungen des Studenten, den Lebenserfahrungen seiner Umgebung und den tatsächlichen oder vermeintlichen Berufsaussichten abhängig, sondern vielfach auch von zeitbedingten Strömungen. Erwähnt sei auch die öfter erkennbare Neigung, einen Studiengang in der Annahme zu wählen, daß er vergleichsweise geringere Anforderungen stellt. Unter diesen Voraussetzungen ist es nahezu unmöglich, an der Nachfrage nach Studienplätzen ausgerichtete Berechnungen für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen anzustellen, die für den notwendigerweise längeren Zeitraum, den der Ausbau benötigt, genügend zuverlässig wären.

Die Orientierung am Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Kräften führt anscheinend eher zu greifbaren Ergebnissen. Bei den Empfehlungen für die Ausbildung im Fach Pharmazie wur-

Bedarf an
Hochschul-
absolventen

¹⁾ Vgl. Protokoll der 3. Generalversammlung der Europäischen Rektorenkonferenz, Bd. II. (1964), S. 155 ff., Bd. III. (1966), S. 400 ff.

den Aspekte des Bedarfs mit berücksichtigt. Die zur Zeit vorbereiteten Empfehlungen zum Ausbau und zur Struktur der Kliniken und der Theoretischen Institute in der Medizin können ebenfalls nicht ohne entsprechende Erwägungen zum Bedarf an Ärzten ausgearbeitet werden.

Die vom Wissenschaftsrat veranlaßte Studie über den Bedarf an Hochschulabsolventen von Riese¹⁾ macht demgegenüber deutlich, daß die Ermittlung des Bedarfs an wissenschaftlich Ausgebildeten auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Nach Riese ist nur knapp ein Drittel dieses Bedarfs vorwiegend ökonomisch determinierbar. Zwei Drittel des Bedarfs unterliegen dagegen in erster Linie gesellschaftspolitischen Entscheidungen. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die Frage der Einführung des 9. und 10. Schuljahres oder an gesetzliche Regelungen der Gesundheitsvorsorge erinnert, um deutlich zu machen, wie jeweils konkrete politische Entscheidungen unmittelbare, im einzelnen bei einer Bedarfsberechnung nicht vorhersehbare Verschiebungen zur Folge haben können. Hinzu kommt, daß die ohne Zweifel notwendigen Bemühungen, den Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Kräften zu berechnen, nicht dazu führen dürfen, mit Hilfe des errechneten Bedarfs das Recht der freien Berufswahl in unzulässiger Weise einzuschränken.

Quantität —
Qualität

Im Blick auf die bildungspolitische Diskussion in der Bundesrepublik hat Riese²⁾ darauf aufmerksam gemacht, „daß sie, soweit es den Hochschulbereich betrifft, häufig qualitative und quantitative Gesichtspunkte nicht klar genug trennt“; Expansion der Studentenzahlen und Erhaltung des wissenschaftlich notwendigen Niveaus der Ausbildung müssen deutlich unterschieden werden. Die Erweiterung der Ausbildungskapazität stellt in diesem Sinne ein sowohl quantitatives als auch qualitatives Problem dar.

Die Überflutung einzelner Fachbereiche beeinflußt notwendigerweise das Leistungsniveau negativ. Besonders bedenklich ist in diesem Zusammenhang, daß gerade auch die Ausbildung der künftigen Lehrer und der künftigen Ärzte unter der derzeitigen großen Studentenzahl zu leiden hat. Der unter diesen Umständen auf die Dauer unvermeidbare Niveauverlust wird später zu Rückwirkungen führen, deren Ausmaß zur Zeit noch nicht in vollem Umfange erkannt sein dürfte. Dem drohenden *circulus vitiosus* — mangelhafte Ausbildung der künftigen Lehrer, nicht hinreichende Vorbildung der künftigen Studenten

¹⁾ H. Riese, Die Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 1967.

²⁾ a.a.O. S. 100.

durch diese Lehrer in den Schulen — muß mit allen Kräften gewehrt werden.

Es kommt hinzu, daß die Hochschullehrer unter dem ständig zunehmenden Druck steigender Studentenzahlen immer weniger Zeit finden, sich ihren Forschungsaufgaben zu widmen und an dem Bemühen teilzunehmen, den Anschluß an das internationale Niveau zu erhalten. Der drohende Verlust an Möglichkeiten für intensive Forschung muß sich seinerseits negativ auf das Niveau der Lehre und damit auf die Ausbildung der zukünftigen Lehrer, Ärzte, Naturwissenschaftler usw. auswirken.

Zu den nachfrage- und bedarfsorientierten Gesichtspunkten für den Ausbau der Hochschulen müssen somit weitere Überlegungen treten, d. h. es muß jeweils geprüft werden, ob beim Ausbau die für die Aufrechterhaltung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit unabdingbaren Voraussetzungen gewährleistet bleiben; andernfalls würden Forschung und Lehre einen Niveauverlust erleiden, der schwerlich wieder aufzuholen wäre. Dieser Gesichtspunkt ist bisher vernachlässigt worden. Die Bundesrepublik als hochindustrialisiertes Land kann es sich nicht erlauben, auch nur vorübergehend die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Hochschulen absinken zu lassen. Hierauf muß, da die folgenschweren Auswirkungen nicht von heute auf morgen, sondern erst in einem längeren Abstand, dann aber um so verhängnisvoller zu Tage treten, mit besonderem Nachdruck hingewiesen werden.

Wissenschaftliche Leistungsfähigkeit

Entscheidungen über den künftigen Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen werden daher die Nachfrage nach Studienplätzen und die Bedarfslage soweit wie möglich berücksichtigen, letzten Endes aber nach Maßgabe dessen zu treffen sein, was mit Rücksicht auf die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit möglich und notwendig ist. Von den einzelnen Fächern ausgehend werden dabei vor allem die Gegebenheiten im Bereich des wissenschaftlichen Personals und hinsichtlich der für Forschung und Lehre notwendigen Räume und Mittel zu beachten sein. Außerdem wird ein eventueller Rückstand in Forschung oder Lehre in einzelnen Fachbereichen berücksichtigt werden müssen.

Darüber hinaus sind der Beurteilung folgende Überlegungen zugrunde zu legen: Die Fächer, in denen ein steigender Bedarf an Nachwuchskräften angenommen werden kann, werden vor denjenigen auszubauen sein, bei denen kein akuter Mehrbedarf erkennbar ist. Da die wirtschaftlichen Möglichkeiten die Bereitstellung finanzieller Mittel immer begrenzen, kann

Kriterien für den Ausbau

nicht allen Wünschen Rechnung getragen werden; die verfügbaren Beträge müssen daher dort eingesetzt werden, wo sie die größte Wirksamkeit erzielen können, d. h. vor allem in den Fachbereichen, in denen sowohl ein Bedarf an Nachwuchskräften als auch eine Nachfrage nach Studienplätzen gegeben sind. Ist die Nachfrage größer als der erkennbare Bedarf, so ist Zurückhaltung in der quantitativen Ausweitung der Ausbildungsmöglichkeiten geboten. Wenn der Ausbau mehrerer Fachbereiche sich von Bedarf und Nachfrage her als gleich vordringlich erweist und die Mittel nicht ausreichen, um in allen diesen Bereichen gleichzeitig die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, wird der Vorrang des einen vor dem anderen zuerst unter dem Gesichtspunkt des wissenschaftlich Möglichen und Notwendigen und sodann unter allgemeinen politischen Gesichtspunkten zu prüfen und daraufhin die Entscheidung zu treffen sein. Eine besondere Situation ergibt sich, wenn der Ausbildungskapazität und dem Bedarf in einem Fach keine Nachfrage gegenübersteht. In diesem Fall werden von den verschiedensten Seiten geeignete Maßnahmen zu ergreifen sein, um das Interesse an diesen Fächern zu wecken.

Für alle derartigen Entscheidungen wird der Zeitraum, auf den sich die Maßnahmen beziehen, eine wesentliche Rolle spielen. Die regelmäßige Überprüfung der getroffenen Entscheidungen ist notwendig und wird dazu beitragen, Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und ihnen begegnen zu können.

Für die Jahre bis 1970 kommt es angesichts der für diesen Zeitraum erkennbaren begrenzten personellen und finanziellen Möglichkeiten in erster Linie darauf an, gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der augenblicklichen Situation zu treffen. Diese Maßnahmen müssen sich vor allem auf bestimmte Fächer der Philosophischen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten sowie auf die Wirtschaftswissenschaft erstrecken, in denen die Schwierigkeiten an den Hochschulen besonders groß sind.

Im folgenden wird daher geprüft, welcher Ausbau in diesen Fächern nötig und möglich ist.

I. 4. Modelle für die Berechnung der Ausbildungskapazität

In den Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums wird ausgeführt, daß für die einzelnen Fachrichtungen Modelle aufgestellt werden müssen, die den Personalbedarf verdeutlichen.

Der Wissenschaftsrat ist der Ansicht, daß dort, wo die Ausbildungskapazität die Nachfrage nach Studienplätzen erheblich übersteigt, die Kapazität reduziert werden sollte, wenn dies eine gründliche Sachprüfung unter Berücksichtigung der Forschung als gerechtfertigt erweist. Im Falle der Landwirtschaft sind die notwendigen Untersuchungen eingeleitet worden; hierzu werden in absehbarer Zeit Empfehlungen vorgelegt werden.

Aus den mehrfach erörterten Gründen hat sich der Wissenschaftsrat darauf beschränkt, nur für bestimmte Fächer detaillierte Vorschläge zu machen. Diese Vorschläge werden insofern als untere Grenze gelten müssen, als die bereits vorhandenen Stellen in vollem Umfang und ohne die im Einzelfall gegebenen besonderen Belange spezieller Forschungsvorhaben zu berücksichtigen, in die Ermittlung der Ausbildungskapazität einbezogen worden sind. Aus diesem Grunde und im Blick auf die Fächer, für die keine Einzelempfehlungen vorgelegt werden, folgt, daß die zusätzlich empfohlenen 1 793 Stellen das Minimum dessen darstellen, was die wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970 an zusätzlichem Personal benötigen werden.

Es ist damit zu rechnen, daß weitere zusätzliche Stellen in einer Größenordnung von etwa 15 bis 20 % der empfohlenen Stellen notwendig sein werden, insgesamt somit rd. 2 100 zusätzliche Stellen. Für die Leistungsfähigkeit der wissenschaftlichen Hochschulen wird es unerläßlich sein, daß ihnen diese Stellen zur Verfügung gestellt werden. Die vorstehenden Empfehlungen, besonders die Modelle, geben den Hochschulen und Verwaltungen Anhaltspunkte, wie die zusätzlichen Bedürfnisse für die hier im einzelnen nicht behandelten Fächer ermittelt werden können.

Die sich aus der empfohlenen Stellenvermehrung ergebende Erhöhung der gesamten fortdauernden Ausgaben, also einschließlich der Sachmittel, wird auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre auf rd. 170 Millionen DM geschätzt.

In den vorstehenden Zahlen ist der Bedarf für die Medizin und für die Sonderforschungsbereiche nicht enthalten.

I. 6. Studienbeschränkungen

Gegenwärtige
Situation

Ein Vergleich der im vorigen Abschnitt dargestellten Zahlen der Studienanfänger bzw. der Gesamtzahlen der Studenten, die nach Schaffung der neuen Stellen angemessen ausgebildet werden können, mit den Zahlen derjenigen, die zur Zeit studieren oder als Studienanfänger in den kommenden Jahren zu erwarten sind, zeigt, daß auch nach dem vorgeschlagenen Ausbau die